

Stockhammer, Engelbert

Article

Funktionale Einkommensverteilung und aggregierte Nachfrage im Euro-Raum

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Stockhammer, Engelbert (2007) : Funktionale Einkommensverteilung und aggregierte Nachfrage im Euro-Raum, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 33, Iss. 2, pp. 175-198

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332738>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

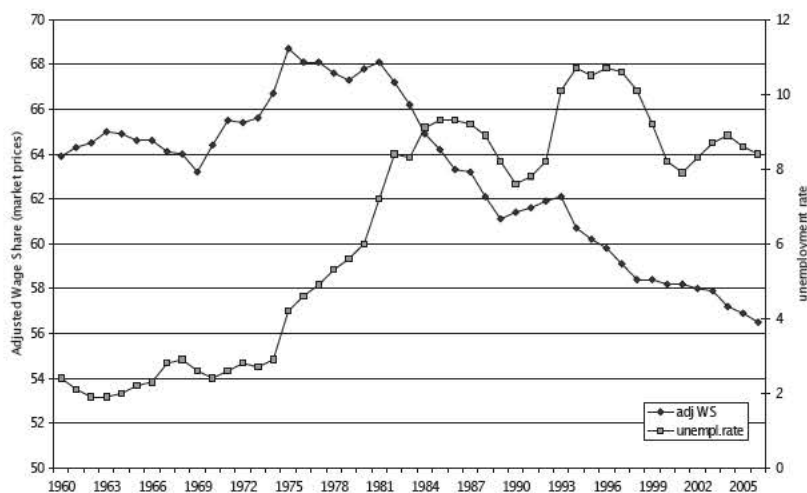
Funktionale Einkommensverteilung und aggregierte Nachfrage im Euro-Raum

Engelbert Stockhammer*

1. Einleitung

Während die Lohnquote im Euro-Raum seit 1981 stark (um 11,6 Prozentpunkte) gefallen ist, hat sich die Arbeitslosenrate seitdem von hohem Niveau um weitere 1,2 Prozentpunkte erhöht (siehe Abbildung 1).¹ Europa erlebt seit 25 Jahren Lohnzurückhaltung – ohne dass die Arbeitslosigkeit deswegen sinken würde. Wie ist das möglich? Lehrt nicht jedes Mikroökonomie-Lehrbuch, dass (bei Arbeitslosigkeit) Lohnsenkungen zu einer Steigerung der Beschäftigung führen? Auch die aktuelle NAIRU-Theorie vertritt diese These. Aber nicht nur alte und neue Lehrbücher, auch die EU-Kommission fordert gerne „employment-friendly labour cost developments and wage setting mechanisms“² und meint damit Lohnzurückhaltung. Moderate Lohnentwicklung (gepaart mit dynamischer Produktivitätsentwicklung) würde die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken und damit zu Wachstum und Beschäftigung führen.

Abbildung 1: Lohnzurückhaltung ohne Beschäftigungswachstum im Euro-Raum



Und wer würde bestreiten, dass Lohnzurückhaltung die Wettbewerbsfähigkeit verbessert? Niemand. Aber bedeutet eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auch bereits mehr Wachstum und Beschäftigung? Der Außenhandel ist nur ein Teil der volkswirtschaftlichen Nachfrage, die anderen Komponenten sind der private Konsum, die privaten Investitionen und der öffentliche Konsum sowie die öffentlichen Investitionen. Um die gesamtwirtschaftlichen Nachfrageeffekte einer Lohnzurückhaltung zu verstehen, ist die Frage zu beantworten, wie alle diese Komponenten auf eine Veränderung der Einkommensverteilung reagieren.

Genau dies, d. h. Effekte einer Änderung der funktionalen Einkommensverteilung auf die aggregierte Nachfrage, soll im Folgenden empirisch für den Euro-Raum untersucht werden. Die Studie ist wie folgt gegliedert: Zunächst (Abschnitt 2) wird der theoretische Hintergrund für die empirische Arbeit geklärt. Dabei handelt es sich um ein neo-kaleckianisches Makromodell, in dem sowohl lohngetriebene als auch profitgetriebene Nachfrageregime möglich sind. Danach werden im Abschnitt 3 die ökonometrischen Schätzungen für den Euro-Raum vorgestellt. Dort werden die Effekte der Änderung der Lohnquote auf den privaten Konsum, die privaten Investitionen und den Außenhandel analysiert. In Abschnitt 4 werden die wirtschaftspolitischen Implikationen der Ergebnisse diskutiert. Dabei steht die Frage der Lohnkoordinierung im Zentrum. Es werden einerseits Implikationen für die aggregierte Lohnentwicklung und andererseits das Design und mögliche Probleme einer Lohnkoordination erörtert. Besonderes Augenmerk wird der Rolle der Lohnpolitik im wirtschaftspolitischen Regime der EU geschenkt.

2. Theoretischer Hintergrund: lohngetriebene und profitgetriebene Nachfrageregime

Um den Effekt einer Änderung der funktionalen Einkommensverteilung auf die aggregierte Nachfrage zu untersuchen, wird in dieser Studie ein allgemeines neo-kaleckianisches Modell verwendet, das auf Marglin und Bhaduri (1990) basiert. Während in klassischen Kaleckianischen Modellen (für geschlossene Wirtschaften) eine Erhöhung der Lohnquote immer zu einer Erhöhung der Nachfrage führt, ist im Rahmen dieses Modells sowohl ein profitgetriebenes als auch ein lohngetriebenes Wachstumsregime möglich, da ein positiver Effekt der Profite auf die Investitionen zugelassen wird. Die Frage nach den Gesamteffekten einer Änderung der funktionalen Einkommensverteilung auf die Nachfrage wird damit eine empirische Frage. In diesem Abschnitt soll der theoretische Hintergrund für die empirische Untersuchung dargestellt werden.

Die aggregierte Nachfrage (Y) ist die Summe aus Konsum (C), Investitionen (I), Nettoexporten (NX) und staatlichen Ausgaben (G). Alle diese

Variablen, mit Ausnahme der Staatsausgaben, sind eine direkte Funktion der Profitquote (π). Die Staatsausgaben und -einnahmen können zwar ebenfalls auf Änderungen der Einkommensverteilung reagieren, dies wird jedoch im Folgenden ignoriert. Das Modell (dargestellt in Tabelle 1) ist damit vom Typ einer privaten offenen Volkswirtschaft und hat mehrere Vereinfachungen. Die Einkommensverteilung, namentlich die Profitquote (π)³, wird als exogen unterstellt. Rückkopplungen von Wachstum auf die Einkommensverteilung, z. B. über niedrigere Arbeitslosigkeit und eine bessere Verhandlungsposition der Arbeitnehmer, werden also in diesem Stadium nicht berücksichtigt⁴.

Tabelle 1: Überblick über das Modell

BIP	$Y = C(\pi) + I(\pi) + NX(\pi) + G$
Profitquote	$\pi == R/Y$
Konsum	$C = f(W, R)$
Investitionen	$I = f(R, Y, i)$
Exporte	$X = f(ULC, P_{IMP}, Y_W, E)$
Importe	$M = f(ULC, P_{IMP}, Y)$

Y: BIP, C: Privater Konsum, I: Private Investitionen, NX: Nettoexporte, G: Staatsausgaben, π : Profitquote, W: Lohnsumme, R: Profite, i: Langfristiger Realzinssatz, X: Exporte, M: Importe, ULC: Lohnstückkosten, P_{IMP} : Importpreis-Deflator, Y_W : BIP der anderen Länder⁵.

Der Effekt eines Anstiegs der Profitquote auf aggregierte Nachfrage und Produktion ist a priori unbestimmt und hängt von der Summe der Reaktionen der Komponenten des BIP, namentlich von Konsum, Investitionen und Nettoexporten ab. Um den Effekt einer Änderung in der funktionalen Einkommensverteilung auf den Konsum zu ermitteln, wird das Einkommen auf Löhne (W) und Profite (R) aufgeteilt und werden deren marginale Konsumneigungen geschätzt. Da die Sparneigung aus Kapitaleinkommen höher ist als die der Arbeiter, wird erwartet, dass der Konsum abnimmt, wenn die Profitquote steigt.

Die Investitionsfunktion hängt von den Profiten (R), dem Output (Y) und dem langfristigen realen Zinssatz (i) ab. Die Investitionen werden steigen, wenn die Profitquote ansteigt, weil die erwarteten zukünftigen Profite größer werden. In Übereinstimmung mit der Standard-Theorie werden ein positiver Outputeffekt und ein negativer Zinseffekt erwartet.

In einer offenen Volkswirtschaft sind Exporte und Importe in die Analyse einzubeziehen. Die Exporte sind eine Funktion der Lohnstückkosten (ULC), die die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt bestimmen. Die Lohnstückkosten sind definitorisch eng mit der Lohnquote verbunden. Wenn die relativen Lohnstückkosten ansteigen, wird die Nachfrage nach heimischen Produkten sowohl im Inland als

auch im Ausland zurückgehen, weil die heimischen Preise relativ zu den ausländischen Preisen steigen. Die Exporte hängen außerdem vom BIP der Handelspartner ab. Dieses wird daher in die Exportfunktion integriert. Die Lohnstückkosten sind definitionsgemäß negativ mit der Profitquote verbunden. Die Importe hängen ebenfalls von den Lohnstückkosten in Relation zum ausländischen Preisniveau und vom heimischen BIP ab.

Die Exporte sollten positiv auf einen Anstieg der Profitquote reagieren, weil dieser per Definition einen Rückgang der Lohnstückkosten verursacht. Wenn die Lohnstückkosten relativ zu den ausländischen Preisen zurückgehen, werden heimische Güter wettbewerbsfähiger auf dem Weltmarkt. Die Exporte werden daher stimuliert. Die Importe werden aus demselben Grund negativ auf einen Anstieg der Lohnquote reagieren. Da die Nettoexporte die Summe aus Exporte minus Importe sind, wird der Gesamteffekt auf die Nettoexporte voraussichtlich positiv sein.

Die erwarteten Teileffekte einer Änderung in der Einkommensverteilung auf die Nachfrage⁶ in einer offenen Volkswirtschaft sind hier zusammengefasst:

- $\delta C / \delta \pi < 0$
- $\delta I / \delta \pi > 0$
- $\delta NX / \delta \pi > 0$
- $\delta Y / \delta \pi = ?$

Der Gesamteffekt einer Änderung der funktionalen Einkommensverteilung auf die aggregierte Nachfrage hängt von der Größe der Teileffekte ab und kann nur empirisch ermittelt werden. Wenn er positiv ($\delta Y / \delta \pi > 0$) ausfällt, ist das Nachfrage-Regime profitgetrieben (*profit-led*). Bei einem negativen Effekt ($\delta Y / \delta \pi < 0$) ist es lohngetrieben (*wage-led*)⁷.

Empirisch wird erwartet, dass aufgrund des starken internationalen Handels die Nettoexporte eine starke Rolle bei der Bestimmung des Gesamtergebnisses spielen. Während jedoch einzelne Länder ihre Nachfrage durch eine Ausweitung der Exporte steigern können, kann die Welt als ganzes das nicht. Es ist daher wichtig, zwischen dem Binnensektor einer Volkswirtschaft und einer offenen Volkswirtschaft zu unterscheiden. Der Binnensektor wird in diesem Fall als Summe aus Konsum und Investitionen definiert, unter der Annahme dass sich die Nettoexporte nicht ändern (so wie das Resultat bei einer simultanen Lohnänderung in allen Ländern wäre). Wenn der Konsum sensibler auf einen Anstieg der Profitquote reagiert als die Investitionen, dann ist der Binnensektor lohngetrieben.

Die angewandte ökonometrische Schätzstrategie ist ähnlich wie bei Bowles und Boyer (1995). Das Modell wird über die Einzelgleichungen für Sparen, Investitionen und Nettoexporte geschätzt. Die wichtigsten Unterschiede zu Bowles und Boyer sind die folgenden: Erstens unterscheiden sich die ökonometrischen Spezifikationen. Bowles und Boyer diskutieren keine Zeitreiheneigenschaften der ökonomischen Variablen und vernach-

lässigen das Thema der *Unit Roots*. Als Konsequenz verwenden sie keine Differenzen- oder *Error-Correction-Modelle*, die den Kern der modernen Zeitreihen-Ökonometrie bilden. Zweitens verwenden Bowles und Boyer die Beschäftigungsquote als eine Näherungsvariable für die Kapazitätsauslastung. Für einige europäische Länder mit einer lang anhaltenden Arbeitslosigkeit ist das ein irreführender Indikator, daher wird an seiner Stelle das Outputwachstum verwendet.

Die empirische Literatur zu neo-kaleckianischen Modellen sei hier nur kurz erwähnt. Gordon (1995a) schätzt Konsum und Investitionen als eine Funktion der Einkommensverteilung für die USA. In einem VAR-Modell werden zahlreiche exogene Schocks simuliert. Gordon (1995b) weitet dieses Modell auf die offene Volkswirtschaft aus und untersucht die Reaktionen der aggregierten Nachfrage auf Änderungen in der funktionalen Einkommensverteilung empirisch für die USA. Das Ergebnis ist ein profitgetriebenes Wachstumsregime für die USA.

Sowohl Hein und Krämer (1997) als auch Hein und Ochsen (2003) verwenden in ihren Studien ein Modell für eine geschlossene Volkswirtschaft basierend auf Marglin und Bhaduri (1990). Hein und Ochsen (2003) erweitern das Modell um den monetären Zinssatz als exogene Variable und arbeiten verschiedene Akkumulationsregime aus, je nach der Sensibilität der Sparfunktion und der Investitionsfunktion auf den Zinssatz. Im empirischen Teil schätzen sie die Sparfunktion und Investitionsfunktion ökonometrisch und versuchen die Akkumulationsregime von Frankreich, Deutschland, den USA und Großbritannien zu charakterisieren.

Stockhammer und Onaran (2004) schätzen ein strukturelles VAR-Modell, das aus Variablen für Kapitalakkumulation, Kapazitätsauslastung, Profitquote, Arbeitslosenrate und Wachstum der Arbeitsproduktivität besteht, für die USA, Großbritannien und Frankreich. Durch die Anwendung eines VAR-Modells wird die gegenseitige Interaktion der Variablen berücksichtigt. Der Gütermarkt wird durch ein Modell simuliert, das auf Marglin und Bhaduri (1990) basiert. Es wird durch eine Gleichung für die Einkommensverteilung, eine Produktivitätsfunktion und eine Funktion für die Arbeitslosigkeit ergänzt. Aus der empirischen Untersuchung wird geschlossen, dass die Arbeitslosigkeit vom Gütermarkt bestimmt wird, dass aber der Einfluss der Einkommensverteilung auf Nachfrage und Beschäftigung sehr schwach ist. Der technische Fortschritt verschiebt die Einkommensverteilung zu Gunsten der Profite. Onaran und Stockhammer (2005) wenden ein ähnliches Modell auf die Türkei und Korea an.

Naastepad (2006) präsentiert und schätzt ein erweitertes Modell für die Niederlande, in dem das Wachstum der Arbeitsproduktivität explizit modelliert wird. Produktivität, Sparen, Investitionen und Exporte werden als einzelne Gleichungen geschätzt. Das Ergebnis ist, dass das niederländische Nachfrageregime während dem Zeitraum von 1960 bis 2000

lohngetrieben ist, wenn auch nur sehr knapp. Insgesamt schließt sie, dass in der Nachkriegsperiode die Wachstumsrate der niederländischen Nachfrage relativ unsensibel gegenüber Änderungen im Wachstum der Real-löhne ist.

3. Empirische Untersuchung für die EU

Nun soll der Frage nach den Effekten der Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung empirisch nachgegangen werden. Dazu werden für den Euro-Raum gemäß dem in Abschnitt 2 vorgestellten Modell eine Konsum-, eine Investitions- und eine Außenhandelsfunktion ökonometrisch geschätzt.

Grundsätzlich wurde versucht, die Modellierung pragmatisch zu gestalten und, sofern möglich, von breit akzeptierten Verhaltensfunktionen auszugehen und diese dann um Verteilungsvariablen zu erweitern. Leider gibt es kaum Referenzmodelle für die geschätzten Verhaltensgleichungen: Es mangelt derzeit noch an makroökonomischen Studien zu den zentralen Verhaltensgleichungen für den Euro-Raum (über einen längeren Zeitraum mit Jahresdaten). Ein offensichtlicher Referenzpunkt wäre das Area-wide Model der EZB (AWM) von Fagan, Henry und Mestre (2001). Dieses ist jedoch stark theoretisch ausgerichtet und enthält eine Vielzahl von (theoretisch motivierten) Restriktionen, sodass die Koeffizienten mit den hier vorgelegten Schätzungen nicht vergleichbar sind. Daher wurde das WIFO-Makromodell als Ausgangspunkt für die Schätzungen zum Euro-Raum genommen.

Auch bei der Zeitreihenspezifikation wurde pragmatisch vorgegangen. Soweit möglich wurden Error-Correction-Modelle (ECM) verwendet, die die derzeit gängigste Zeitreihenspezifikation sind. Wo die diagnostischen Statistiken andere Spezifikationen, in der Praxis vor allem Differenzenspezifikationen, nahe legten, wurden diese angewandt.

In den gesamten Schätzungen wurde die Einkommensverteilung als exogen angenommen. Dies ist natürlich nicht gänzlich korrekt. Sowohl prozyklische Preisaufschläge (z. B. durch konstante *mark-ups* auf die normalen Stückkosten) als auch der negative Effekt der Arbeitslosigkeit auf die Löhne bleiben also unberücksichtigt. Dies ist theoretisch nicht zu rechtfertigen, sondern bloß mit der begrenzten Aufgabenstellung dieser Studie. Eine Endogenisierung der Einkommensverteilung wäre Teil eines weiterführenden Forschungsprojekts.

Die Datenbasis für die Schätzungen bildet die AMECO-Datenbank, die für die meisten relevanten Zeitreihen (aggregierte) Werte für die zwölf Staaten des Euro-Raums (Euro-12) ausweist. Variablendefinitionen sind im Anhang zu finden. Der Euro-Raum wird im Zuge der Schätzungen für den gesamten Zeitraum (ca. 1960 bis 2004), also auch vor der Währungs-

union, als eine Einheit betrachtet. Deshalb wurde dem Test auf Strukturbrüche besonderes Augenmerk geschenkt.

3.1 Konsumfunktion

Die Konsumfunktion wurde, nachdem die ADL-Spezifikation klar eine Differenzen-Spezifikation nahe legte, in den ersten Differenzen (der Logarithmen) geschätzt. Der ADF-Test auf die Residuen der Schätzung in logarithmierten Werten legte keinen Kointegrationszusammenhang nahe. Dies ist etwas überraschend, da Konsumfunktionen üblicherweise durch ECM-Modelle gut modellierbar sind.

Die Hypothese unterschiedlicher Konsumneigungen erhält klare Unterstützung (siehe Tabelle 2). Diese wurde auf 0,49 (statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau) bei den Löhnen und 0,11 (statistisch signifikant knapp über dem 10%-Niveau) bei den Profiten geschätzt.

Tabelle 2: Konsumfunktion

Abh. Variable:	ADL		Differenzen	
	ln (C)		$\Delta \ln (C)$	
Variable	Koeff.	Wsk.	Koeff.	Wsk.
C	0,16	0,68	0,01	0,00
ln (W)	0,38	0,00		
ln (W(-1))	-0,39	0,00		
ln (R)	0,12	0,12		
ln (R(-1))	-0,11	0,12		
ln (C(-1))	0,98	0,00		
$\Delta \ln (W)$			0,49	0,00
$\Delta \ln (R)$			0,11	0,10
Adj. R ²	1,00		0,78	
DW-Stat.	1,62		1,45	

Die Koeffizienten stellen Elastizitäten dar und entsprechen marginalen Konsumneigungen von 0,52 (aus Löhnen) und 0,15 (aus Profiten). Das Konsumdifferenzial zwischen Löhnen und Profiten liegt daher bei 0,37.⁹ Eine Umverteilung von Löhnen zu Profiten in der Höhe eines Prozentpunkts des BIP reduziert demgemäß die Konsumausgaben um 0,37 Prozentpunkte des BIP.

3.2 Investitionen

Die Investitionsfunktion wurde (angelehnt an die WIFO-Spezifikation) als ECM geschätzt, in dem die Restriktion, dass langfristig die Investi-

tionsquote konstant ist, technisch gesprochen, dass der Koeffizient auf die Investitionen und den Output ident sind, auferlegt wurde. Zusätzlich wurden die Profite inkludiert, wie dies bei diversen aktuellen Investitions-gleichungen üblich ist (allerdings nicht im WIFO-Makromodell).

Tabelle 3: Investitionsfunktion

	ECM		ECM mit Lags	
Abh. Variable:	$\Delta \ln(I)$		$\Delta \ln(I)$	
Variable	Koeff.	Wsk.	Koeff.	Wsk.
C	-0,30	0,00	-0,59	0,00
$\Delta \ln(Y)$	1,89	0,00	1,85	0,00
$\Delta \ln(Y(-1))$			0,84	0,03
$\Delta \ln(R)$	0,13	0,49	0,38	0,06
$\Delta \ln(R(-1))$			-0,18	0,38
$\ln(I(-1)/Y(-1))$	-0,14	0,01	-0,21	0,00
$\ln(R(-1))$	0,01	0,61	0,03	0,07
$i(-1)$			0,00	0,43
Adj. R^2	0,72		0,73	
DW-Stat.	1,73		1,75	

Tabelle 3 fasst die Regressionsergebnisse zusammen. Neben der üblichen ECM-Spezifikation wurde auch eine mit großzügigerer Struktur der Verzögerungen geschätzt, was den Koeffizienten der Profite erhöhte und dessen statistische Signifikanz verbesserte, die jedoch nur auf dem 10%-Niveau gegeben ist. Die Elastizität der Investitionen in Bezug auf die Profite ist bescheiden und liegt damit langfristig bei 0,15 ($=0,03/0,21$). Der marginale Effekt liegt bei 0,07. Eine Erhöhung der Profite um 1 Prozentpunkt des BIP führt *ceteris paribus* zu einer Erhöhung der Investitionen um 0,07 Prozentpunkte des BIP.

3.3 Nettoexporte

Da die Schätzung des Effekts auf die Nettoexporte wohl der sensibelste Bereich bei der Ermittlung des Gesamteffekts einer Änderung der Einkommensverteilung ist, wurde hier besonders vorsichtig verfahren und eine zweifache Strategie gewählt. Erstens wurde eine Nettoexportfunktion direkt als Funktion des heimischen BIP-Wachstums, des BIP-Wachstums der wichtigsten Handelspartner, der (nominellen) Wechselkurse sowie der Lohnstückkosten geschätzt. Diese Schätzung hat den Vorteil, dass sie einfach und direkt die relevante Frage beantwortet. Sie hat jedoch den Nachteil, nicht kompatibel mit den Außenhandelsfunktionen aktueller

makroökonomischer Modelle (wie dem WIFO-Makromodell) zu sein. Dort gehen die Lohnkosten üblicherweise nicht direkt in die Import- und Exportfunktionen ein, sondern indirekt über die Preise.

Als zweite Variante wurde daher, angelehnt an das WIFO-Modell, das hier als typisch für die moderne Modellierung betrachtet werden kann, in einem ersten Schritt die Exporte und Importe getrennt als Funktionen des Preisniveaus (und anderer Kontrollvariablen) geschätzt. In einem zweiten Schritt wurden dann die Preise auf die nominellen Lohnstückkosten (und die Importpreise) regressiert. Die Preisgleichung enthält implizit auch die Information, wie hoch eine Nominallohnsteigerung sein muss, um die realen Lohnstückkosten um einen Prozentpunkt zu erhöhen. Letzteres ist hier relevant.

Datendefinitionen: Es existieren zwar Daten zu den Exporten und Importen von Gütern aus dem Euro-Raum zu Nicht-Euro-Staaten, aber leider keine zu Dienstleistungen. Daher wurden alle Schätzungen für Exporte und Importe von Gütern durchgeführt und anschließend die Ergebnisse mit einem Faktor für die relative Größe der Dienstleistungsexporte (im Jahr 2005) gewichtet. Der entstehende Fehler ist vermutlich gering. Für die USA sind die Daten für Güter und Dienstleistungen über einen langen Zeitraum verfügbar, und es findet sich kein Trend, im Durchschnitt liegt der Wert bei 1,25.

Das BIP-Wachstum der Handelspartner wurde aus den gewichteten Wachstumsraten der BIPs von USA, Schweiz, Japan, Norwegen und Türkei berechnet. Die Gewichte entsprechen dem relativen Anteil am Außenhandel (der letzten Jahre). Analog wurde der Wechselkurs aus den gewichteten Wachstumsraten der Wechselkurse errechnet.

Tabelle 4 fasst die Ergebnisse der direkten Schätzung der Nettoexportquote, also der ersten Schätzstrategie, zusammen. Alle Variablen haben die erwarteten Vorzeichen und sind, mit Ausnahme des Wechselkurses, auch statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau. Aufgrund der hohen Autokorrelation der Residuen der ursprünglichen Schätzgleichung wurde die Schätzung mit einer AR(1)-Korrektur wiederholt. Die Ergebnisse verändern sich substanziell kaum. Trotz einer deutlichen Verbesserung der DW-Statistik bleiben Autokorrelationsprobleme bestehen. Eine Erhöhung der realen Lohnstückkosten um einen Prozentpunkt reduziert die Nettoexporte um rund 0,1 Prozentpunkte des BIP. Nach der notwendigen Transformation zur Berücksichtigung der Dienstleistungsexporte und -importe, entspricht dies einem Effekte von -0,15 Prozentpunkten des BIP bei einer einprozentigen Erhöhung der Lohnquote.¹⁰

Die zweite Variante der Schätzung des Effekts einer Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung auf die Nettoexporte ist umständlicher. Im ersten Schritt werden die Exporte auf die relativen Preise (Exportpreise im Verhältnis zu Importpreisen) sowie den Output der

Tabelle 4: Nettoexportquote

	ohne AR1–Korr.		mit AR1–Korr.	
Abh. Variable:	NX / Y		NX / Y	
Variable	Koeff.	Wsk.	Koeff.	Wsk.
C	0,06	0,00	0,05	0,06
$\Delta \ln(Y)$	-0,15	0,01	-0,18	0,00
$\Delta \ln(YW)$	0,16	0,01	0,12	0,01
$\Delta \ln(E)$	0,01	0,58	0,01	0,28
ULC	-0,11	0,00	-0,10	0,03
Adj. R ²	0,43		0,70	
DW-Stat.	0,68		1,53	

Tabelle 5: Exporte und Importe

Exporte			Importe		
Abh. Variable:	$\Delta \ln X$		Abh. Variable:	$\Delta \ln M$	
Variable	Koeff.	Wsk.	Variable	Koeff.	Wsk.
C	0,03	0,22	C	-0,03	0,11
$\Delta \ln(YW)$	0,92	0,10	$\Delta \ln Y$	2,32	0,00
$\Delta \ln(E)$	-0,28	0,07	$\Delta \ln E$	-0,33	0,02
$\Delta \ln(PX/PM)$	-1,14	0,00	$\Delta \ln E(-1)$		
AR(1)	0,37	0,02	$\Delta \ln(P(-1)/PM(-1))$	0,29	0,13
			T95	0,06	0,00
Adj. R ²	0,37		Adj. R ²	0,46	
DW-Stat.	1,69		DW-Stat.	1,74	

Handelspartner und den Wechselkurs (zu den Haupthandelspartnern) regressiert (Tabelle 5). Da es keine Hinweise auf Kointegration gab, wurde eine Differenzenspezifikation (mit Autokorrelationskorrektur) gewählt. Die Koeffizienten weisen die erwarteten Vorzeichen auf, allerdings auf einem schwachen statistischen Signifikanzniveau (bei 10% beim BIP der Handelspartner und unter dem 10%-Niveau bei den Wechselkursen). Der Koeffizient auf die relativen Preise ist statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau und weist eine Elastizität von -1,1 aus.

Auch in der Importregression musste eine Differenzenspezifikation verwendet werden, zusätzlich wurde eine Dummy-Variable für die Jahre nach 1995 inkludiert um einen Strukturbruch (wenn auch etwas ad hoc) abzufangen¹¹. Die Gleichung enthält das BIP der Euro-12-Staaten und die Wechselkurse sowie die relativen Preise. Während das Wirtschafts-

wachstum das erwartete Vorzeichen hat und statistisch signifikant (auf dem 1%-Niveau) ist, weist der Wechselkurs ein perverses Vorzeichen auf (und ist statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau). Da weder Spezifikationen mit anderen *Lag*-Strukturen noch solche ohne die Wechselkurse eine Verbesserung brachten, wurde der Wert aus der ursprünglichen Spezifikation übernommen, obwohl er nicht statistisch signifikant ist. Der Koeffizient der relativen Preise ist mit 0,3 klein. Die Importe reagieren daher nur schwach auf Änderungen des Preisniveaus.

In zwei Hilfsschätzungen wurde dann das Preisniveau durch die nominellen Lohnstückkosten, die Importpreise und das BIP-Wachstum erklärt und die Exportpreise durch das heimische Preisniveau und die Importpreise. Beide Schätzungen wurden in Differenzen durchgeführt und mit Autokorrelationskorrektur geschätzt. Eine Erhöhung der nominellen Lohnstückkosten um 1% erhöht die heimische Inflation um 0,54 Prozentpunkte, eine Erhöhung der heimischen Inflation um einen Prozentpunkt erhöht die Exportpreise um 0,47%. Aus der Preisgleichung lässt sich auch ableiten, dass eine Erhöhung der nominellen Lohnstückkosten um 2,2% notwendig ist, um die realen Lohnstückkosten um einen Prozentpunkt zu erhöhen. Die Preise würden dadurch um 1,2% steigen.

Tabelle 6: Preise und Exportpreise

Abh. Variable: $\Delta \ln P$			Abh. Variable: $\Delta \ln PX$		
Variable	Koeff.	Wsk.	Variable	Koeff.	Wsk.
C	0,02	0,01	C	0,00	0,36
$\Delta \ln Y$	0,16	0,04	$\Delta \ln PM$	0,51	0,00
$\Delta \ln PM$	0,03	0,11	$\Delta \ln P$	0,47	0,00
$\Delta \ln ULC$	0,54	0	AR(1)	0,44	0,00
AR(1)	0,85	0			
Adj. R ²	0,95		Adj. R ²	0,94	
DW-Stat.	2,12		DW-Stat.	2,15	

Tabelle 7: Exporte und Importe

Exporte	$\Delta X/\delta Px$	$\delta Px/\delta P$	$\delta P/\delta RULC$	1/RULC	X/Y	ET/ED	G&S / G	Effekt
X/Y 2005	-1,14	0,47	1,19	0,63	0,10	1,25	1,27	-0,07
X/Y Ø	-1,14	0,47	1,19	0,63	0,07	1,25	1,27	-0,05
Importe	$\delta M/\delta P$		$\delta P/\delta RULC$	1/RULC	M/Y	ET/ED	G&S / G	Effekt
M/Y 2005	0,29		1,19	0,63	0,11	1,25	1,27	0,04
M/Y Ø	0,29		1,19	0,63	0,08	1,25	1,27	0,03

Da die Berechnung der Effekte der Einkommensverteilung auf die Exporte und Importe mehrere Schritte umfasst, sind zur Übersicht die relevanten Parameter in Tabelle 7 zusammengefasst. Da die Export- und die Importquote einen Trend aufweisen, kann die Umwandlung von Elastizitäten in marginale Effekte auf unterschiedliche Arten erfolgen: entweder zum Mittelwert, was dem Durchschnittseffekt in der Periode entspricht, oder zum Wert des letzten Jahres (2005), was dem Effekt am Ende der Periode entspricht.

Der Gesamteffekt der funktionalen Einkommensverteilung auf die Exporte umfasst den Effekt der realen Lohnstückkosten auf die Preise und die Effekte der Preise auf die Exportpreise. Dann wird dieser Wert der Elastizität in einen marginalen Wert umgewandelt, und schließlich sind die Lohnstückkosten in die Lohnquote umzuwandeln und das Ergebnis mit dem relativen Anteil der Dienstleistungen an den Gesamtexporten zu gewichten. Insgesamt führt eine Erhöhung der Lohnquote um 1 Prozentpunkt heute zu einer Reduktion der Exporte um 0,07 Prozentpunkte des BIP. Im Durchschnitt der Beobachtungsperiode war der Effekt nur rund 0,05. Die analogen Werte für die Importe betragen 0,04 bzw. 0,03 Prozentpunkte des BIP.

Der Effekt einer Erhöhung der Lohnquote um einen Prozentpunkt auf die Nettoexportquote beträgt damit -0,11 im letzten Jahr und -0,08 im Durchschnitt. Die Differenz zwischen beiden Werten deutet auf die Zunahme durch das Anwachsen des Außenhandels, also die Globalisierung, hin. Beide Werte sind unter dem, den die erste, direkte, Schätzmethode ergab. Dafür gibt es keine offensichtliche Erklärung. Wie sich zeigen wird, ergibt sich durch diesen Unterschied jedoch keine qualitative Veränderung des Gesamtergebnisses.

3.4 Gesamteffekte

Nun können die Teilergebnisse zusammengeführt werden. Dabei sind die unterschiedlichen Berechnungsmethoden für den Effekt auf die Nettoexporte separat angeführt. Der (positive) Effekt einer Erhöhung der Lohnquote auf den privaten Konsum ist deutlich größer (0,37 Prozentpunkte des BIP) als der (negative) Effekt auf die Investitionen (0,07 Prozentpunkte des BIP). Der heimische Sektor im Euro-Raum ist klar lohngetrieben.

Der Nettoexporteffekt ist stärker als jener der Investitionen (je nach Schätzmethode zwischen 0,07 und 0,15 Prozentpunkten des BIP). In Tabelle 8 sind drei Varianten der Schätzung bzw. Berechnung des Nettoexporteffekts angeführt. Erstens die direkte Variante, in der die Nettoexportquote auf die realen Lohnstückkosten und andere Kontrollvariablen regressiert wurde. Diese Methode gibt den stärksten Effekt auf die Netto-

exporte. Zweitens die indirekte Methode in der die Exporte und Importe auf das Preisniveau (und andere Variablen) regressiert wurde und in einem zweiten Schritte das Preisniveau durch die nominellen Lohnstückkosten (und andere Variablen) erklärt wurde. Diese Methode entspricht eher der derzeit üblichen Modellierungsstrategie. Sie ergibt Elastizitäten, die dann mit den aktuellen (Spalte „XM-Quote 2005“) oder mit den durchschnittlichen (Spalte „XM-Quote Ø“) Export- und Importquoten in marginale Effekte transformiert werden. Erstere gibt den „heutigen“ Nettoexporteffekt (0,1), letztere den Effekt (0,07) im Durchschnitt der Periode. Die Werte der unterschiedlichen Methoden unterscheiden sich zwar, aber nicht allzu stark. Für die Gesamtinterpretation ist wohl jener der indirekten Methode mit „heutiger“ Umrechnung mit dem Wert von 0,1 der überzeugendste.

Tabelle 8: Nettoexporteffekte

	NX-Quote direkt	XM-Quote 2005	XM-Quote Ø
Konsumeffekt	0,37	0,37	0,37
Investitionseffekt	-0,07	-0,07	-0,07
Binneneffekt	0,30	0,30	0,30
Nettoexporteffekt	-0,15	-0,10	-0,07
Gesamteffekt	0,15	0,20	0,23

Der Gesamteffekt einer Veränderung der Lohnquote um 1% schwankt dabei zwischen +0,15 (gemäß der direkten Schätzung der Nettoexportquote) und +0,23 Prozentpunkte des BIP (gemäß der indirekten Schätzmethode bei Zugrundelegung der durchschnittlichen Außenhandelsverflechtung). Der Gesamteffekt ist damit in jedem Fall positiv. Das qualitative Ergebnis der Untersuchung ist daher, dass die Eurozone ein lohngetriebenes Nachfrageregime darstellt. Lohnzurückhaltung auf der EU-Ebene hat damit nachfrageseitig negative Effekte auf die Wachstumsdynamik. Die plausibelste Punktschätzung des Nachfrageeffekts ist 0,2 Prozentpunkte des BIP.

4. Wirtschaftspolitische Implikationen für die Lohnpolitik

Nun sollen die wirtschaftspolitischen Implikationen der Ergebnisse der empirischen Untersuchung der Nachfrageeffekte einer Veränderung der Einkommensverteilung herausgearbeitet werden. Davor wird noch eine Zusammenfassung der Ergebnisse gegeben, die auch ohne ökonometrische Vorkenntnisse verständlich ist. Das Faktum, dass der Euro-Raum ein lohngetriebenes Nachfrageregime darstellt, hat natürlich Implikationen

für verschiedene Politikbereiche. Im Folgenden wird speziell auf jene für die Lohnpolitik eingegangen.

Ökonomisch gesehen hat die Lohnpolitik verschiedene Effekte: Verteilungseffekte, Preiseffekte, Nachfrageeffekte und Innovationseffekte. Entsprechend kann die Lohnpolitik Beiträge zur Stabilisierung der Einkommensverteilung, zur Preisstabilität, zur Stimulierung der Nachfrage und zur Belebung der Innovationstätigkeit leisten. Diese Studie widmet sich vor allem den Nachfrageeffekten.

4.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Eine Erhöhung der Lohnquote hat unterschiedliche Effekte auf die verschiedenen Komponenten der aggregierten Nachfrage:

- Auf die privaten Konsumausgaben hat sie einen positiven Effekt, da BezieherInnen von Lohnneinkommen eine höhere Konsumneigung haben als BezieherInnen von Kapitaleinkommen.
- Auf die (privaten) Anlageinvestitionen hat sie negative Auswirkungen, da die Gewinne (die bei einer Erhöhung der Lohnquote definitionsgemäß relativ verringert werden) einen positiven Effekt haben.
- Auf die Nettoexporte hat eine Erhöhung der Lohnquote ebenfalls einen negativen Einfluss, da mit der Lohnquote auch die Lohnstückkosten steigen und daher die preisliche Konkurrenzfähigkeit sinkt.

Theoretisch lässt sich also die Frage, welche Effekte eine Erhöhung der Lohnquote auf die Nachfrage hat, nicht eindeutig beantworten, da es sowohl positive als auch negative Effekte gibt. Daher wurde diese Frage für den Euro-Raum empirisch untersucht. Beim Euro-Raum handelt es sich um den Prototyp einer großen, geschlossenen Volkswirtschaft. Es ergibt sich folgendes Bild:

- Die Effekte auf den Konsum sind im Euro-Raum deutlich stärker als jene auf die Investitionen. Der heimische Sektor ist also klar lohngetrieben.
- Im Euro-Raum ist die Wirkung der Lohnkosten auf die Nettoexporte (relativ zum BIP) schwach.

Der Euro-Raum stellt damit insgesamt ein klar lohngetriebenes Nachfragereregime dar. Eine Erhöhung der Lohnquote um einen Prozentpunkt führt demgemäß zu einer Erhöhung der Nachfrage um 0,2 Prozentpunkte des BIP. Verschiedene Schätzmethoden geben ähnliche Ergebnisse.

4.2 Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in der EU – ein Gefangenendilemma

Die erste und direkteste wirtschaftspolitische Schlussfolgerung ist, dass auf EU-Ebene Lohnkürzungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht

zielführend sind. Die Lohnzurückhaltung reduziert die aggregierte Nachfrage und wird daher keine Beschäftigungsausweitung verursachen, sondern eher das Gegenteil. Dies ist ein wichtiges Ergebnis, da es im Widerspruch zur vorherrschenden Politik in Europa steht. Tatsächlich gibt es in der EU seit 25 Jahre Lohnzurückhaltung ohne Reduktion der Arbeitslosigkeit. Die EU-Kommission spricht oft von „beschäftigungsfreundlicher Lohnpolitik“ und meint damit, mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit, Lohnzurückhaltung. Da die Effekte einer Lohnkürzung auf die Binnen- nachfrage aber größer als die auf den Außenhandel sind, wird eine Lohnzurückhaltung hier nicht Wachstum und Beschäftigung ankurbeln, sondern das Gegenteil erreichen.

Ein vermutlich ebenso wichtiges Ergebnis dieser Studie ist jedoch, dass es für einzelne Länder, vor allem kleine, außenorientierte Volkswirtschaften zumindest kurzfristig expansiv wirken kann, wenn sie Lohnzurückhaltung üben. In kleinen offenen Volkswirtschaften kann der Außenhandeleffekt größer als der Binneneffekt auf die Nachfrage sein. Und tatsächlich haben etliche Länder, wie die Niederlande und Irland, oft in der Form von Sozialpakten, wo Lohnzurückhaltung seitens der Gewerkschaften mit Investitionsversprechen seitens der Unternehmen und sozial-, bildungs- oder steuerpolitischen Maßnahmen seitens des Staates kombiniert war, Lohnmoderation betrieben und damit zumindest auf den ersten Blick gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielt. Im Falle der Niederlande, einem Paradebeispiel für Sozialpakete, führte die Lohnzurückhaltung zu einer nachhaltigen Verschlechterung des Produktivitätswachstums, was die entstandenen Wettbewerbsvorteile wieder unterminierte.¹²

Eine zentrale Folgerung dieser Studie ist, dass solche Politiken nicht auf die EU-Ebene verallgemeinerbar sind. Die Haupthandelspartner dieser kleinen, offenen EU-Staaten sind nämlich andere EU-Staaten. Während also in vielen einzelnen (möglicherweise sogar in allen) EU-Staaten eine individuelle Lohnzurückhaltung expansiv wirken mag, ist auf der EU-Ebene das Gegenteil der Fall. Das mag zunächst widersprüchlich klingen, ist aber einfach damit erklärbar, dass der Großteil des Handels zwischen den EU-Staaten betrieben wird. Ein Land, das Lohnzurückhaltung betreibt, exportiert in andere Länder und verdrängt dort die heimische Produktion. Es exportiert sozusagen nicht nur Güter, sondern auch Arbeitslosigkeit.

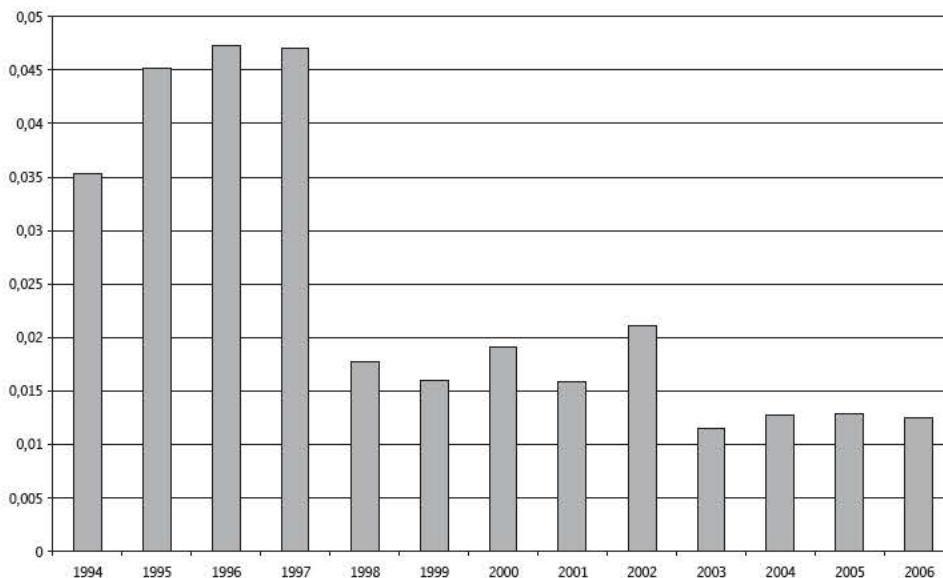
Dies stellt bloß eine andere Version der „*beggar thy neighbour*“-Politik dar, d. h. einer effektiven Abwertung über Lohnzurückhaltung dar, die in den 1930er Jahren, als sie über Wechselkurse und Zölle ausgetragen wurde, zu einem Kollaps des Welthandels führte. Eine solche Gefahr besteht derzeit nicht unmittelbar, jedoch ist die heutige Situation, was die Lohnpolitik betrifft, als ein Gefangenendilemma zu beschreiben: Selbst wenn Lohnzurückhaltung für jedes einzelne Land expansiv wirkte,¹³ wäre für alle gemeinsam aber eine Lohnerhöhung die expansive Strategie.

Wie bei allen als Gefangenendilemma beschreibbaren Konstellationen ist Kooperation und Koordination ein möglicher Ausweg. Im konkreten Fall könnte Lohnkoordination das Problem lösen.

4.3 Aktuelle Entwicklungen der Lohnpolitik in der EU

In allen Ländern der EU (und auch den meisten anderen OECD-Ländern) gab es in den letzten 25 Jahren eine klare Entwicklung von der produktivitätsorientierten Lohnpolitik zu einer wettbewerbsorientierten Lohnpolitik.¹⁴ Die bereinigte Lohnquote ist seit 1980 nahezu kontinuierlich gefallen, ebenso die Lohnstückkosten. In ihrer ausführlichen Diskussion der Arbeitsbeziehungen in Europa stellen Marginson und Sisson (2004) fest, dass es praktisch keine europaweite, ja nicht einmal eine transnationale Lohnkoordination gibt,¹⁵ bemerken jedoch auch, dass die effektiven Veränderungen von Reallöhnen und Lohnstückkosten sich angenähert haben. Sie sprechen daher von einer „Konvergenz ohne Koordination“. Dies würde nahe legen, dass durch die Konvergenz der Inflationsraten im Zuge bzw. in Vorbereitung auf die Euro-Einführung auch die Wachstumsraten der Löhne konvergierten und daher kein zusätzlicher Handlungsbedarf besteht.

Abbildung 2: Standardabweichung des Wachstums der Nominallöhne in den EU-12-Ländern



Andererseits werden die zunehmenden Außenhandelsungleichgewichte innerhalb der EU neben unterschiedlichen Wachstumspfeilen auch auf die deutsche Lohnzurückhaltung zurückgeführt.¹⁶ Hat nun tatsächlich eine Konvergenz der Lohnsteigerungsraten und der Lohnstückkosten stattgefunden?

Ein erster Blick auf die Standardabweichung der Wachstumsraten der Nominallöhne im Euro-Raum (Abb. 2) legt dies tatsächlich nahe. Mit der Euro-Einführung kam es tatsächlich nicht nur zu einer Konvergenz der Inflationsraten, sondern auch die Standardabweichung der Lohnwachstumsraten ist deutlich gesunken. Dies gibt jedoch nur ein unvollständiges Bild. Zwar ist die Schwankungsbreite des Lohnwachstums gesunken. Dies schließt jedoch nicht aus, dass es nennenswerte kumulierte Divergenzen gibt. Für die Wettbewerbsfähigkeit ist natürlich nicht das *Wachstum* der Löhne (bzw. die Veränderung der Lohnstückkosten), sondern das *Niveau* der Lohnstückkosten relevant.

Die Entwicklung der Lohnstückkosten seit 1994 ist in Abbildung 3 dargestellt. Diese Abbildung lässt nicht auf Konvergenz schließen: Während sich die Lohnstückkosten in Deutschland kaum und in Österreich um bloße 5% erhöht haben, stiegen sie in Portugal und Irland um mehr als 25%. Der Trend deutet dabei nicht auf eine Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten hin, sondern legt eher eine stärkere Divergenz nahe.

Eine unterschiedliche Entwicklung der Lohnstückkosten im Verhältnis zu einem (willkürlichen) Basisjahr wäre per se noch kein Problem, außer die Lohnstückkosten wären im Basisjahr ident. Vermutlich sind die verschiedenen Währungen aber nicht mit den „korrekten“ Wechselkursen in den Euro eingegangen. Ein Teil der Divergenz wird daher auf die Kompensation der ursprünglichen Kostendifferenzen zurückzuführen sein. Wäre dies die Hauptursache für die Divergenz, würde man allerdings eine Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten erwarten, was nicht der Fall ist.

Zum Vergleich sind in Abbildung 4 die Entwicklungen der Lohnstückkosten seit 1994 dargestellt. Dies ist das Jahr nach der Krise des europäischen Währungssystems und einer spürbaren Readjustierung der Wechselkurse, jedenfalls vor der Konvergenz der Inflationsraten im Rahmen des Maastricht-Prozesses. Wiederum ist keine Stabilisierung der relativen Lohnstückkosten erkennbar. Während sich die Lohnstückkosten in Deutschland und Österreich um kaum 5% erhöht haben, stiegen sie in Portugal und Griechenland um jeweils 45%.

Die Schlussfolgerung ist daher, dass es zwar eine Konvergenz der *Wachstumsraten* der Löhne gegeben hat, jedoch haben einige Länder, wie Deutschland, systematisch geringere Lohnabschlüsse als andere. Es ergibt sich daher eine *Divergenz* der *Niveaus* der Lohnstückkosten. Effektiv kann daher nicht von einer impliziten Koordination der Lohnpolitik gesprochen werden.

Abbildung 3: Nominelle Lohnstückkosten in den EU-12-Ländern (1999 = 100)

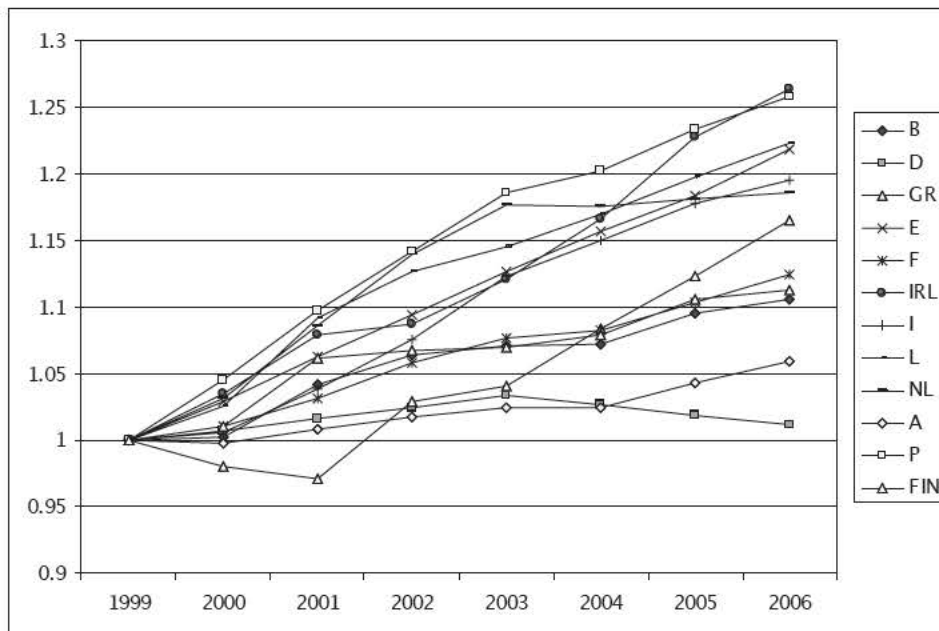
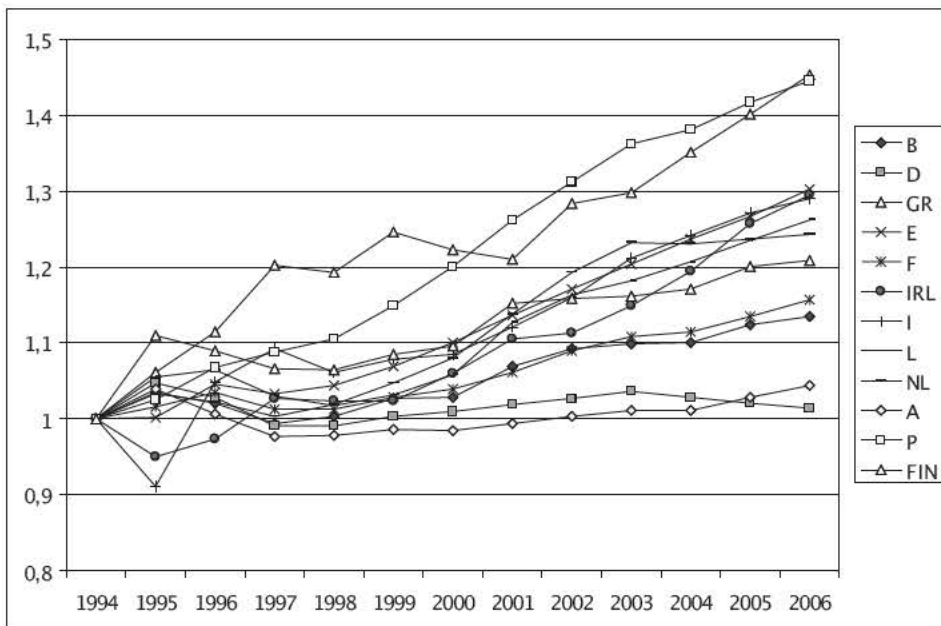


Abbildung 4: Nominelle Lohnstückkosten in den EU-12-Ländern (1994 = 100)



4.4 Lohnkoordination

Wie könnte nun ein System einer europaweit koordinierten Lohnpolitik aussehen? Und was wären ihre Effekte vor dem Hintergrund der Europäischen Währungsunion?

Sie wäre eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik auf europäischer Ebene. Produktivitätsorientierte Lohnpolitik bedeutet, dass die Löhne mit der Inflation und dem Produktivitätsfortschritt wachsen.¹⁷ Allerdings stellt sich die Frage, ob die Referenzwerte für Inflation und Arbeitsproduktivität die nationalen oder eben jene des Euro-Raums sein sollen. Verschiedene Konstellationen sind denkbar. Die deklarierte Strategie des EGB ist, dass die Löhne jeweils mit der *nationalen* Produktivität und dem *europäischen* (genauer: EZB-) Inflationsziel steigen sollen.¹⁸ Das bedeutet, dass die Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen auf die gesamteuropäischen Entwicklungen Bezug nehmen würden, und nicht auf die jeweiligen nationalen Entwicklungen. Dies würde eine deutliche Einschränkung der Flexibilität der Gewerkschaften, auf aktuelle Entwicklungen im eigenen Land zu reagieren, bedeuten. Unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ist dies nur schwer vorstellbar. Auf die notwendigen Rahmenbedingungen wird unten weiter eingegangen.

Zuvor soll das obige Argument anhand einer Gleichung illustriert werden.

$$W^j = b_1 \cdot X^j + b_2 \cdot X^{EU} + b_3 \cdot P^j + b_4 \cdot P^{EU} + b_5 \cdot P^{EZB} + b_6 \cdot u^j + b_7 \cdot (LQ^{EU} - LQ^j)$$

W .. Nominelles Lohnwachstum, X ... Wachstum der Arbeitsproduktivität,

P ... Inflationsrate, P^{EZB} ... Inflationsziel der EZB, LQ ... Lohnquote,

u... Arbeitslosenrate

Superskript EU steht für die EU, und Superskript j steht für das jeweilige Land

In den derzeitigen, nationalen Lohnverhandlungssystemen spielen nur die jeweiligen nationalen Werte eine Rolle. In der obigen Gleichung wäre daher b_1 und b_3 , zwischen null und eins. Die europäischen Bezugsgrößen spielen jedoch kaum eine Rolle, b_2 , b_4 , b_5 und b_6 sind nahe bei null. Ein flexibler Arbeitsmarkt bedeutet, dass die Löhne stark auf die (nationale) Arbeitslosigkeit reagieren, b_7 hätte dann einen hohen Wert.

In einem EU-weit koordinierten Lohnsystem, wie vom EGB propagiert (aber von den nationalen Gewerkschaften nicht notwendigerweise umgesetzt), würden die Löhne auf das nationale Produktivitätswachstum und das EU-Inflationsziel reagieren. b_1 und b_5 wären gleich eins, die anderen Parameter nahe bei null.¹⁹

Ein solches System ist wohl sogar mittelfristig nicht allzu realistisch. Nicht nur besteht seitens der Arbeitgeber wenig Interesse an einer euro-

päischen Lohnkoordinierung, die Europäische Kommission propagiert mit der Forderung nach Dezentralisierung von Kollektivvertragsverhandlungen sogar das Gegenteil einer Lohnkoordinierung. Auch die nationalen Gewerkschaften würden aber in einem solchen System an Handlungsspielraum verlieren. Die griechischen ArbeitnehmerInnen würden beispielsweise nur das europäische Inflationsziel, nicht aber die (höhere) griechische Inflation abgegolten bekommen. Andererseits müssten die deutschen Arbeitgeber die Löhne gemäß dem EZB-Inflationsziel anheben und nicht nach der (niedrigeren) deutschen Inflationsrate. Es überrascht wenig, dass es dagegen Widerstände gibt.

Das größte Problem wäre aber wohl der Verzicht (bzw. die eingeschränkte Möglichkeit), auf nationale Arbeitsmarktentwicklungen zu reagieren. Dies ist deshalb so schwierig, weil die derzeitige wirtschaftspolitische Strategie der EU der Lohnpolitik die zentrale Rolle im Anpassungsprozess an asymmetrische Schocks zuweist. Die Geldpolitik ist ja vereinheitlicht, die Wechselkurse sind fixiert, und die Fiskalpolitik ist durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt in ihrem Spielraum (in den meisten Staaten) stark eingeschränkt. Die üblichen wirtschaftspolitischen Instrumente sind also blockiert. Daher bleibt bloß die Lohnpolitik als Anpassungsmechanismus, als Puffer gegenüber Schocks sozusagen. Länder mit negativer Leistungsbilanz müssen gemäß dem derzeitigen Politikregime Lohnzurückhaltung betreiben, um die Außenhandelsposition auszugleichen.²⁰

Eine EU-weite Lohnkoordination müsste von einer Änderung des wirtschaftspolitischen Regimes flankiert werden, damit die Lohnpolitik als Schockabsorbierer entlastet wird. Da die Wechselkurse in einer Währungsunion definitionsgemäß nicht benutzt werden können und die Geldpolitik ebenso definitionsgemäß vereinheitlicht ist,²¹ müsste eine Änderung der Lohnpolitik vor allem von einer Neudefinition der Rolle der Fiskalpolitik begleitet werden, deren Spielräume auszuweiten wären.

Im Sinne von Verteilungsfunktion, Nachfragefunktion und Preisstabilisierungsfunktion wäre Lohnkoordination wünschenswert. Was die Verteilungsseite betrifft, könnte die Lohnkoordination helfen, den Fall der Lohnquote zu beenden. Der Fall der Lohnquote hat mehrere Ursachen, eine davon ist, dass mit dem Binnenmarkt der Konkurrenzdruck zwischen nationalen Arbeitsmärkten und damit die Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage gestiegen ist.²² Zumindest diesem Einfluss würde entgegengewirkt. Andere Ursachen, wie die Globalisierung, die Schwäche der Arbeitnehmerorganisationen usw. wären freilich nicht betroffen.

Eine zumindest teilweise Stabilisierung der Lohnquote würde nach den hier vorgelegten Ergebnissen auch einen Beitrag zur Nachfragestimulierung leisten. Dieser Effekt ist zwar bescheiden und damit kaum für die Konjunkturpolitik nutzbar, mittelfristig wären aber die Effekte durchaus

in substanziellen Größenordnungen. Die bereinigte Lohnquote ist in den letzten 25 Jahren um rund 11,6 Prozentpunkte gefallen. Gemäß unseren Schätzungen hätte dies einen kumulierten negativen Nachfrageeffekt von ca. 2,2 % des BIP gehabt.

Lohnkoordination wäre grundsätzlich auch mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar. Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik bewirkt per se keinen Inflationsdruck – sofern die Arbeitgeberseite diese akzeptiert. Sollten die Unternehmen die Stabilisierung der Lohnquote nicht akzeptieren und über Preiserhöhungen die Profitquote zu erhöhen suchen, würde dies freilich die Inflation ankurbeln. Das Problem wäre dann jedoch ein mangelnder verteilungspolitischer Konsens, nicht die produktivitätsorientierte Lohnpolitik. Kurzfristig wäre jedoch mit einer inflationären Wirkung zu rechnen. Die koordinierte, produktivitätsorientierte Lohnpolitik würde z. B. in Deutschland deutlich höhere Lohnabschlüsse implizieren. Es wäre daher sinnvoll, zumindest in der Phase der Etablierung der Lohnkoordination Preisstabilität als geldpolitisches Ziel nicht durch die derzeitige 2%-Marke, die ökonomisch ohnehin willkürlich ist, sondern flexibler zu interpretieren.

Anmerkungen

* Der Artikel beruht auf einer Studie im Auftrag der AK Wien. Der Autor ist Stefan Ederer für seine hervorragende Arbeit als Projektassistenten sowie Michael Mesch, Özlem Onaran, Werner Raza und Georg Zwiener für Anregungen zu Dank verpflichtet. Die Arbeit profitierte von Synergien mit dem FWF-Projekt Nr. P18419-G05. Alle Fehler sind ausschließlich die des Autors.

¹ Datenquelle: AMECO, bereinigte Lohnquote zu Marktpreisen.

² EC (2006) 40.

³ Die funktionale Einkommensverteilung und ihr Maß, die Profitquote, werden in diesem Bericht synonym verwendet. Die Lohnquote ist definitionsgemäß eins minus der Profitquote. Für die theoretische Modellierung ist daher nebensächlich, welche Quote verwendet wird.

⁴ Ökonometrisch gesprochen wird das Problem der Simultanität ignoriert.

⁵ Siehe Anhang Datendefinitionen.

⁶ Genau genommen handelt sich dabei um eine Überschussnachfrage; siehe auch Bowles und Boyer (1995).

⁷ Die obige Diskussion bezieht sich auf die Frage, ob die gesamtwirtschaftliche Nachfrage lohn- oder profitgetrieben ist. In der Einleitung wurde die Frage aufgeworfen, ob die Beschäftigung (bzw. die Arbeitsnachfrage) lohn- oder profitgetrieben ist. Diese beiden Fragen sind natürlich eng verbunden. Wenn Lohnveränderungen Effekte auf die Arbeitsproduktivität haben, wie z. B. von der Effizienzlohntheorie postuliert, dann ist ein lohngetriebenes Nachfrageregime eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für ein lohngetriebenes Beschäftigungsregime.

⁸ Baumgartner, Breuss, Kaniovski (2005).

⁹ Durch die Logarithmierung der Variablen ergibt sich ein unangenehmer Unterschied zum theoretischen Modell. Letzteres ist additiv in den Werten, das geschätzte Modell

jedoch in logarithmierten Werten. Implizit wird daher eine Konsumfunktion der Cobb-Douglas-Form unterstellt. Das errechnete Konsumdifferenzial kann daher nur als eine Näherung betrachtet werden.

- ¹⁰ Die realen Lohnstückkosten wurden um die Änderungen in der Struktur der Beschäftigten korrigiert. Da das Verhältnis der gesamten Beschäftigten zu den abhängig Beschäftigten ca. 1,25 beträgt, muss mit diesem Wert multipliziert werden. Siehe Marterbauer und Walterskirchen (2003) für die weitere Diskussion.
- ¹¹ Die Einbeziehung der Dummy-Variable ist vor allem statistisch motiviert. Eine mögliche Erklärung für diesen Bruch ist die Ostöffnung, die die Importe erhöht hat.
- ¹² Naastepad (2006).
- ¹³ Dies ist als theoretisches Argument, nicht als eine Beschreibung gedacht. Tatsächlich scheint es auch EU-Länder zu geben, bei denen Lohnzurückhaltung nicht expansiv wirkt: Deutschland befindet sich trotz der schwächsten Lohnstückkostenentwicklung im Euro-Raum (siehe Abbildungen 3 und 4) und hohen Nettoexporten seit Jahren in einer Stagnation. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass sich Deutschland in einem lohngetriebenen Nachfrageregime befindet.
- ¹⁴ Schulten (2004).
- ¹⁵ Vgl. ebendort, Kapitel 11.
- ¹⁶ Flassbeck, Spieker (2005).
- ¹⁷ Die folgende Darstellung versucht die Effekte und damit potenzielle Probleme einer effektiven Lohnkoordinierung in einer Währungsunion zu erörtern. Dazu werden zwangsläufig Vereinfachungen gemacht. Speziell wird nicht auf den Unterschied zwischen Vereinheitlichung und Koordinierung der Lohnpolitik eingegangen. Weiters wird unterstellt, dass die nationale Lohnpolitik durch nationale Lohnabschlüsse beschreibbar ist, obwohl in Realität sektorale Lohnabschlüsse oder gar welche auf Firmen-Ebene vorherrschen.
- ¹⁸ Schulten (2004).
- ¹⁹ Sollen darüber hinaus die nationalen Einkommensverteilungen (und damit auch die Lohnstückkosten) konvergieren, so müssten jene Länder, die überdurchschnittliche Lohnquoten (und damit Lohnstückkosten) aufweisen, das Lohnwachstum drosseln, und jene, die eine unterdurchschnittliche Lohnquote haben, das Lohnwachstum erhöhen. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass bestehende Kostenunterschiede (und in der Folge Außenhandelsungleichgewichte) zementiert werden. b_7 wäre bei einer solchen Strategie ungleich null.
- ²⁰ Das Paradebeispiel für ein solches Land ist Italien, das in der Vergangenheit Abwertungen dazu benutzte um die Außenhandelsposition zu stabilisieren. Dies ist nun nicht mehr möglich, sondern der Ausgleich müsste über die Lohnpolitik erfolgen.
- ²¹ Während die Refinanzierungszinsen notwendigerweise vereinheitlicht sind, muss dasselbe für die Kreditzinsen nicht gelten. So wäre, wie von Palley (2006) vorgeschlagen, ein System denkbar, in dem Kredite mit Sicherheiten mit regional unterschiedlichen Mindestreservesätzen belegt werden. Damit könnte in Regionen mit überhitzten Immobilienmärkten die Kreditzinsen effektiv erhöht werden. Ein solches System von differenzierten Reservesätzen bietet sich vor allem bei immobilienbasierten Krediten an. Wie gut es in der Praxis funktionieren würde, ist schwer abzuschätzen. Es handelt sich aber in jedem Fall um einen Vorschlag, der wert ist, weiterverfolgt zu werden.
- ²² Rodrik (1997), Hatzius (2000).

Literatur

- Baumgartner, J.; Breuss F.; Kaniovski, S., WIFO-Macromodel – An econometric model of the Austrian economy, in: OeNB (Hrsg.), Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops No. 5 (Wien 2005).
- Bhaduri, Amit; Marglin, Stephen, Unemployment and the Real Wage: The Economic Basis for Contesting Political Ideologies, in: Cambridge Journal of Economics 14 (1990) 375-93.
- Bowles, S.; Boyer, R, Wages, aggregate demand, and employment in an open economy: an empirical investigation, in: Epstein, Gintis (Hrsg., 1995).
- Epstein, G.; Gintis, H., (Hrsg.), Macroeconomic policy after the conservative era. Studies in investment, saving and finance (Cambridge 1995).
- European Commission, Time to move up a gear. The new partnership for jobs and growth; http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/illustrated-version_en.pdf (Brüssel 2006).
- Fagan, G.; Henry, J.; Mestre, R., An area-wide model (AWM) for the Euro area (=ECB Working Paper 42, Brüssel 2001).
- Flassbeck, H.; Spiecker, F., Die deutsche Lohnpolitik sprengt die Europäische Währungsunion, in: WSI Mitteilungen 12 (2005) 707-13.
- Gordon, David, Growth distribution, and the rules of the game: Social structuralist macro foundations for a democratic economic policy, in: Epstein, Gintis (Hrsg., 1995).
- Gordon, David, Putting the horse (back) before the cart: disentangling the macro relationship between investment and saving, in: Epstein, Gintis (Hrsg., 1995).
- Hatzius, Jan, Foreign direct investment and factor demand elasticities, in: European Economic Review 44/1 (2000) 77-143.
- Hein, E.; Ochsén, C., Regimes of interest rates, income shares, savings, and investment: a Kaleckian model and empirical estimations for some advanced OECD-economies, in: Metroeconomica 54 (2003) 404-433.
- Hein, E.; Krämer, H., Income shares and capital formation: patterns of recent developments, in: Journal of Income Distribution 7/1 (1997) 5-28.
- Marginson, P.; Sisson, K., European integration and industrial relations. Multi-level governance in the making (Houndsmill 2004).
- Marglin, S.; Bhaduri, A., Profit Squeeze and Keynesian Theory, in: Marglin, S.; Schor, J. (Hrsg.), The Golden Age of Capitalism. Reinterpreting the Postwar Experience (Oxford 1990).
- Marterbauer, Markus; Walterskirchen, Ewald, Bestimmungsgründe der Lohnquote und realen Lohnstückkosten, in: WIFO-Monatsberichte 2 (2003) 151-59.
- Naastepad, R.; Storm, S., OECD demand regimes (1960-2000), in: Journal of Post-Keynesian Economics 29/2 (2006/7) 213-248.
- Naastepad, Ro, Technology, demand and distribution: a cumulative growth model with an application to the Dutch productivity slowdown, in: Cambridge Journal of Economics 30/3 (2006) 403-434.
- Palley, Thomas, Currency Unions, the Phillips Curve, and Stabilization Policy: Some Suggestions for Europe, in: Intervention 3/2 (2006) 351-370.
- Rodrik, Dani, Has globalization gone too far? (Institute for International Economics, Washington, D. C., 1997).
- Schulten, Thorsten, Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften (Hamburg 2004).
- Stockhammer, E.; Onaran, O., Accumulation, Distribution and Employment: A Structural VAR Approach to a Kaleckian Macro-model, in: Structural Change and Economic Dynamics 15/4 (2004) 421-47.

Anhang: Datendefinitionen der EU

Modell- Notation	Ameco- Notation	Bezeichnung
C	OCPH	Privater Konsum, real
E	-	Wechselkurs
E _D	NWTD	Abhängig Beschäftigte, privater Sektor
E _T	NETD	Beschäftigte, privater Sektor
Y	OVDG	BIP, real
YW	-	BIP der Außenhandelspartner, real
I	OIGT	Private Investitionen, real
i	-	Zinssatz, langfristig, real, basierend auf BIP-Deflator
M	-	Importe, real
NX	-	Nettoexporte, real
R	-	Gross Operating surplus, real
P	PVGD	BIP Deflator
P _M	PXGS	Import-Preisdeflator
P _X	PMGS	Export-Preisdeflator
ULC	PLCD	Lohnstückkosten
RULC	ALCD	Lohnstückkosten, real
W	-	Lohnkompensation, real
X	-	Exporte, real

Zusammenfassung

Rein theoretisch lässt sich die Frage, welche Effekte eine Erhöhung der Lohnquote auf die aggregierte Nachfrage hat, nicht eindeutig beantworten, da es sowohl positive als auch negative Effekte gibt. Auf die privaten Konsumausgaben hat sie einen positiven Effekt, da BezieherInnen von Lohneinkommen eine höhere Konsumneigung haben als BezieherInnen von Kapitaleinkommen. Auf die (privaten) Anlageinvestitionen hat sie negative Auswirkungen, da diese positiv von den Gewinnen abhängen. Auf die Nettoexporte hat eine Erhöhung der Lohnquote ebenfalls einen negativen Einfluss, da mit der Lohnquote auch die Lohnstückkosten steigen und daher die preisliche Konkurrenzfähigkeit sinkt. Die Frage wurde für den Euro-Raum empirisch untersucht. Die ökonometrische Untersuchung ergibt folgendes Bild: Der Euro-Raum stellt insgesamt ein klar lohngetriebenes Nachfrage-regime dar. Eine Erhöhung der Lohnquote um einen Prozentpunkt führt zu einer Erhöhung der Nachfrage um 0,2 Prozentpunkte des BIP. Europaweite Lohnzurückhaltung hat daher kontraktive Nachfrageeffekte. Zur Stabilisierung der Lohnquote werden Lohnkoordination und eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik empfohlen.